15. Jahrg. / Nr. 224 Preis 10 Pfennig Auswärts 15 Pf. Berlin, Sonnabend, 24. Dezember 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28. Tel.: B 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein Zeitungsverlage GmbH. Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 870.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: Anzeigen-Expedition für die Arbeiterpresse G. m. b. H., Berlin SW. 68, Hedemannstr. 23 I. Sammelnummer: Bergmann 7538. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eig. Ausgabe: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2.60 M einschl. Trägerlohn. Postbezug pro Monat 2.60 M nebst Bestellgeld. Streifband im Inland 4.20 M, im Ausland 4.50 M

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 3gesp. Textmillimeterzeile 2.50 M. Arbeiterorganisat. u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf. Ueberschriftsw. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Sie holen euch die Margarine vom Brot!

Nieder mit dem Beimischungswucher! — „Zollsätze bis auf das Zehnfache!"

Erobert die alten Löhne zurück!

Die sozialen Phrasen des Kanzler-Generals von Schleicher sind kaum im Aether verhallt, da legt die Regierung ihre wirklichen Weihnachtsgeschenke auf den Tisch: Verweigerung der Winterbeihilfe, Verweigerung der Unterstützungserhöhung für die Erwerbslosen, trotzdem sie der Parlamentsausschuß durch die Forderung nach Aufhebung der Juni-Notverordnung beschlossen hat, und jetzt bereitet sich das Kabinett vor, dem Volke auch noch die Margarine vom Brot zu streichen und neue Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel einzuführen, deren Durchsetzung die Aufrechterhaltung auch nur der nackten Lebensexistenz geradezu unmöglich machen müssen.

Der „Berliner Börsen-Courier" meldet darüber:

„Die Absichten des Ernährungsministers sollen darauf hinauslaufen, die Zölle in unglaublicher Weise in die Höhe zu setzen und sie völlig prohibitiv zu gestalten. Wenn etwa geplant ist, einzelne Zollsätze bis auf das Sechsfache, ja bis auf das Zehnfache der bisherigen Wertzölle zu steigern, dann kann bei einer solchen Belastung eine Einfuhr der betroffenen Waren überhaupt nicht mehr stattfinden."

Das kapitalistische Organ prophezeit anschließend auch Gegenmaßnahmen des kapitalistischen Auslandes, die sich in einer verstärkten Arbeitslosigkeit in Deutschland auswirken würden. Nun wäre es völlig abwegig, zu glauben, daß der Ernährungsminister Freiherr v. Braun auf eigene Faust handelt. Hinter ihm steht Schleicher, der in seiner Rundfunkrede ja erklärte, daß die „Regierung von der Zollautonomie in erforderlichem Ausmaß Gebrauch machen wird". Jetzt geht's los! Jetzt will man mit der Verwirklichung dieser Ankündigung, mit neuen Maßnahmen gegen das Volk beginnen!

Den Anfang macht die Butter der armen Leute: die Margarine! Die riesigen Buttervorräte, die in den deutschen Kühlhäusern lagern, weil die verarmte Volksmasse den horrenden Preis von 1,30 bis 1,60 Mark zu zahlen nicht in der Lage ist, soll keineswegs den Bedürftigen auf den Weihnachtstisch gelegt werden. Ganz im Gegenteil, diese Butter soll in kleinen Mengen der Margarine beigemischt und der Margarinepreis außerordentlich in die Höhe geschraubt werden. Statt Erleichterung des Lebens also noch eine weitere Verteuerung!

Es gibt keine Worte, die scharf genug wären, um gegen diese Pläne zu protestieren. Sie dürfen nicht Tatsache werden, wenn anders das Elend und der Hunger nicht noch grimmiger werden sollen. Haß und Verachtung den braunen Tolerierungsbanden Schleichers, die das Kabinett durch ihre Haltung in seinen antisozialen Plänen stärken! Haß und Verachtung der SPD.-Führung, die durch ihren Leipart, Breitscheid und Wels der Regierung die von ihr gewünschte Anlauffrist geben! Die Arbeiter wollen nichts von „Anlauffrist", sondern nur vom Kampf um die Rückeroberung der alten Löhne, um höhere Unterstützung wissen!

Hier steht das hungernde, frierende und schaffende Volk, dem man den Lebensmittelkorb noch höher hängt — dort steht die Front der Volksfeinde von Hitler bis Leipart.

Diese Front muß im Kampf gegen die Schleicher-Regierung aufgerollt werden, wenn das Volk leben will.

Heraus mit John Schehr!

Seit fünf Tagen wird unser Genosse John Schehr, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, auf Beschluß des Oberreichsanwaltes Werner hinter Kerkergittern festgehalten. Die Verhaftung eines Mitgliedes des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei kennzeichnet den verschärften Justizangriff Schleichers gegen die Führung der einzigen revolutionären Partei des deutschen Proletariats.

Wenn auf Befehl Schleichers der Oberstaatsanwalt und die Organe des kapitalistischen Staates zupacken, dann darf die Arbeiterklasse nicht ruhig zusehen. Nur die sofortigen Protestaktionen in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in allen Arbeiterquartieren sprengen die Kerkergitter, hinter denen John Schehr und noch tausende unserer Besten sitzen. Wehrt mit uns gemeinsam den Schlag ab, den die Bourgeoisie gegen die Führung unserer Partei führt! Schart euch um eure Partei, verteidigt ihr Zentralkomitee! Millionenfach muß der Ruf erschallen: Heraus mit John Schehr!

Nazis verraten Danzig an Polen

Die Schmach des abgrundtiefsten nationalen Verrats der Hitlerbande hat sich um einen neuen Fall vermehrt. Der Führer der NSDAP. Danzig, namens Kreiser, gewährte dem Danziger Korrespondenten des Warschauer Regierungsblattes „Kurjer Poranny" ein Interview, in dem er wörtlich ausführte:

„Ich glaube absolut an die Möglichkeit einer wirtschaftlichen und politischen Verständigung zwischen Polen und Danzig. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir in Danzig am Ruder wären, wir eine Verständigung mit Polen weit rascher und besser erzielen könnten, als der gegenwärtige Senat. In der Verfassungslage, in der sich Danzig gegenwärtig befindet, kann man mit Polen arbeiten. Wir stehen auf dem Boden der Verträge (!) und ihrer Durchführung. Das Danziger Problem hat nichts mit der Korridorfrage zu tun."

Das ist neben dem Verrat an den Werktätigen Südtirols der schamlosesten Verrats der Nazis. Während die polnischen Kommunisten Seite an Seite mit uns gegen die Raubabsichten des polnischen Imperialismus gegenüber Danzig kämpfen, erklärt dieser Nazi-Führer zynisch, daß die Nazis die räuberischen Verträge von Versailles und Paris durchführen und sich auf dieser Grundlage mit dem polnischen Faschismus verständigen wollen.

Für einen Teller Suppe!

Der Hunger soll ihnen die Jugend zutreiben

Nichts ist besser geeignet, die ganze Ungeheuerlichkeit der kapitalistischen „Winterhilfe" zu enthüllen, als die alarmierende Tatsache, daß unter der Firma eines „Notwerks für die deutsche Jugend" erwerbslose Jungarbeiter durch den Hunger gezwungen werden sollen, unter dem Kommando reaktionärer Feldwebel für einen Teller Suppe vier Stunden täglich zu fronen. In der amtlichen Verlautbarung heißt es:

„Es ist geplant, an Organisationen, Vereine, Verbände oder auch an kleine Kameradschaften Erwerbsloser einen Zuschuß von 20 Pfennig pro Kopf und Tag für eine warme Mahlzeit zu zahlen. Die Voraussetzung ist dabei, daß die jugendlichen Erwerbslosen vier Stunden am Tag beschäftigt werden."

Noch werden die Einzelheiten dieses Plans ängstlich geheim gehalten, aber es darf kein Zweifel darüber bestehen, um was es sich hier handelt. 9 bis 10 Millionen Mark sind für das „Notwerk" eingesetzt. Steuergroschen der Werktätigen. Sie sollen in die Kassen der faschistischen Verbände fließen. „Stülpnagel-Kuratorium" und Arbeitsdienst werden sich ergänzen, um die Jungarbeiter nicht nur zu unbezahlter Fronarbeit heranzuholen, sondern sie darüber hinaus zu willigem Kanonenfutter für den kommenden Krieg heranzudrillen. Der Hunger soll ihnen die Jugend zutreiben.

Schlagt Alarm in allen Jugendorganisationen, in allen Betrieben, Gewerkschaften und an allen Stempelstellen. Nicht nur das Jungproletariat, die ganze Arbeiterschaft muß gegen diesen Plan mobilisiert werden. Faßt Protestbeschlüsse gegen die Höltermänner im Reichsbanner, die durch ihre Propaganda für das Stülpnagel-Kuratorium diese Pläne fördern und unterstützen. Mobilisiert die SPD.-Arbeiter gegen die Leipart und Wels, die das Schleicher-Kabinett tolerieren und mit nationalistischer Stimmungsmache den imperialistischen Kriegstreibern Hilfsdienste leisten. Brandmarkt die Hitler und Goebbels, die jeden Tag aufs neue beweisen, daß sie die Todfeinde der Arbeiter und der werktätigen Jugend sind. Sammelt das Jungproletariat unter dem Banner der Einheitsfrontaktion zum Kampf für Arbeit und Brot, zum Kampf gegen „Arbeitsdienst" und Militarisierung.

Jungerwerbslose erkämpfen Kleidung

40 Jungerwerbslose haben in Charlottenburg ihre Kampfforderungen durchgesetzt. Wie uns mitgeteilt wurde, haben 23 Jugendliche gestern bereits Kleider und Schuhe erhalten. Die übrigen sollen heute ebenfalls Kleider und Schuhe erhalten.

Siemens wirft 2000 Arbeiter aufs Pflaster

SPD.- und Nazi-Betriebsräte im Bunde mit der Direktion — Antwortet mit der Wahl roter Einheitslisten im ganzen Siemenskonzern

Die Leitung der Siemens-Betriebe trifft alle Anstalten, um das gesamte „Wernerwerk M." stillzulegen. Dadurch sollen 2123 Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen werden. Schon jetzt sind seit dem Januar dieses Jahres über 600 Kollegen entlassen worden. Fast die gesamte Belegschaft arbeitet verkürzt, wobei nur etwa 300 Kollegen Kurzarbeiterunterstützung bekommen. Wichtige Produktionszweige sind schon nach Erlangen und München verschoben, wo noch erbärmlichere Arbeitsbedingungen bestehen, als in den Berliner Siemens-Betrieben. Abteilungen werden zusammengelegt, so daß fast täglich neue Entlassungen vorgenommen werden. Kollegen mit 16- bis 20jähriger Tätigkeit im Betrieb werden auf die Straße geworfen, mit der Vertröstung auf Pension, die sie auf Grundlage der raffinierten Bestimmungen so gut wie niemals erhalten.

Die sozialdemokratischen und die Nazi-Betriebsräte unterstützen Arm in Arm den Anschlag der Siemens-Direktion. Als sozialdemokratische Betriebsfunktionäre, die sich stets ihrer guten Beziehungen zur Betriebsleitung rühmen, die Nachricht von der bevorstehenden Stillegung des M.-Werkes verbreiteten, forderten die roten Betriebsräte die sofortige Einberufung einer Betriebsratssitzung und die Durchführung von Belegschaftsversammlungen, um die Belegschaft zum Kampf gegen die Massenentlassungen zu mobilisieren. Die sozialdemokratischen Betriebsräte haben das abgelehnt.

Gestern fand eine Sitzung des Betriebsausschusses statt, auf der die Zusammenarbeit der Nazi- und SPD.-Spitzenfunktionäre unter den Betriebsräten offen zutage trat. Die rote Betriebsrätin Gläser stellte in dieser Sitzung erneut die Frage des Kampfes gegen die drohende Stillegung. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Betriebsausschusses erklärten, in der letzten Woche seien ja nur fünf Mann entlassen worden, außerdem werde es im Januar wieder reichlich Arbeit geben. Die Nazis versuchten sich vor einer Stellungnahme zu drücken, indem sie erklärten, das sei nicht Sache des Betriebsrats, sondern des Arbeiterrats.

Das Verhalten der sozialdemokratischen und der Nazi-Betriebsräte bei Siemens beweist allen Arbeitern und Angestellten